

Diskussionspapier

Forschungsgruppe EU-Außenbeziehungen
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit

Anneli Ute Gabanyi

Rumäniens neue politische Führung

Die ersten 100 Tage

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

Diskussionspapiere sind Arbeiten im Feld der Forschungsgruppe, die nicht als SWP-Papiere herausgegeben werden. Dabei kann es sich um Vorstudien zu späteren SWP-Arbeiten handeln oder um Arbeiten, die woanders veröffentlicht werden. Kritische Kommentare sind in jedem Fall willkommen.

Diskussionspapier der FG 2, 2005/ 04, November 2005
SWP Berlin

Anneli Ute Gabanyi

Rumäniens neue politische Führung: Die ersten 100 Tage

Der Ausgang der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vom 28. November 2004 schien erstmals seit der Wende auf die Bildung einer „Kohabitation“ zwischen einer von der bisherigen sozialdemokratischen Regierungspartei gebildeten Koalition und dem überraschend zum Staatspräsidenten gewählten Kandidaten der oppositionellen Allianz aus Nationalliberaler und Demokratischer Partei, Traian Băsescu, hinzudeuten. Es gelang dem machtbewußten neuen Präsidenten jedoch, eine Koalitionsregierung seiner eigenen politischen Richtung zu bilden. Nun stellt sich die Frage, wie diese fragile Regierung die wirtschaftlichen und außenpolitischen Herausforderungen der Zeit bis zum EU-Beitritt Rumäniens zum 1. Januar 2007 meistern wird. Ohne Rücksicht auf außenpolitische Risiken erwägt der Präsident die Abhaltung von Neuwahlen, um die Parlamentsmehrheit der Regierungskoalition auszubauen und seine eigene Machtposition zu stärken.

Am 28. November 2004 fanden in Rumänien zum vierten Mal seit der Wende Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt. 53 politische Parteien bewarben sich um 332 Sitze in der Abgeordnetenversammlung und 137 Sitze im Senat; 12 Kandidaten traten im Kampf um das Amt des Staatspräsidenten an. Der Termin für Parlaments- und Präsidentschaftswahlen fiel zum letzten Mal zeitlich zusammen, denn die im Oktober 2003 novellierte rumänische Verfassung behielt zwar die vierjährige Legislaturperiode des Parlaments bei, verlängerte jedoch die Amtszeit des Präsidenten auf fünf Jahre. Damit werden – vorausgesetzt, es kommt nicht zu Neuwahlen – Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Rumänien für längere Zeit nicht mehr gleichzeitig stattfinden. Die Wahlen markierten zudem das Ende einer Epoche, die fünfzehn Jahre lang von Ion Iliescu dominiert wurde, dem Reformkommunisten an der Spitze der ersten postrevolutionären Führung nach dem Sturz des kommunistischen Diktators Nicolae Ceaușescu am 22. Dezember 1989, der nach zwei regulären Amtszeiten (1992-1996, 2000-2004) nunmehr nicht kandidieren durfte.

Die Bilanz der Regierung Năstase

Am Vorabend der Wahlen schien die seit vier Jahren regierende Minderheitsregierung der Sozialdemokratischen Partei (Partidul Social Democrat, PSD) unter Premierminister Adrian Năstase, die von dem Demokratischen Verband der Ungarn Rumäniens (Uniunea Democrată a Maghiarilor din România, UDMR) unterstützt wurde, gute Chancen für eine Wiederwahl zu haben. Sie präsentierte den Wählern eine positive Bilanz ihrer Regierungsarbeit. Im Bereich der Innenpolitik sorgten die starke Stellung des Premierministers Adrian Năstase und die gute, institutionalisierte Zusammenarbeit der regierenden Sozialdemokraten mit dem Ungarnverband für ein großes Maß an Stabilität, was der gebotenen zügigen Anpassung der rumänischen Gesetzgebung und Verwaltung an den *acquis communautaire* der EU zugute kam. Im Oktober 2003 wurde eine substantiell revidierte Version der Verfassung von 1991 verabschiedet, worin die wichtigsten rechtlichen Voraussetzungen für die bevorstehende bzw. angestrebte Integration Rumäniens in die NATO und in die Europäische Union geschaffen wurden. Das Wirtschaftswachstum in Rumänien war seit 2000 konstant über der Fünf-Prozent-Marke angesiedelt; im Wahljahr 2004 wuchs die rumänische Wirtschaft sogar um 8,4%. Die Inflationsrate konnte von 40,7% im Jahre 2000 auf 9,3% im Jahre 2004 reduziert werden, die Arbeitslosenrate von 10,5% auf 6,2% im selben Zeitraum. Das gesteigerte Wirtschaftswachstum wirkte sich positiv auf den Binnenkonsum aus, die soziale Lage erfuhr – zumindest statistisch gesehen – Verbesserungen: Die Regierung Năstase nutzte ihren Amtsbonus und ließ speziell im Wahljahr 2004 nichts unversucht, um benachteiligten Berufsgruppen oder sozial schwachen Schichten der Bevölkerung Hilfen und

Vergünstigungen zukommen zu lassen. Und nicht zuletzt im Bereich der Außenpolitik konnte die Regierung unter Ministerpräsident Năstase Erfolge vorweisen wie die Aufhebung der Visumpflicht für Reisen rumänischer Bürger in den Schengenraum (Januar 2002), die Aufnahme Rumäniens in die NATO (April 2004) und den erfolgreichen Abschluß der Beitrittsverhandlungen mit der EU (Dezember 2004).

Die positive Selbstwahrnehmung trübte den Blick der regierenden PSD für die negative Einschätzung der Regierungsarbeit durch einen großen Teil der Bevölkerung. In der öffentlichen Wahrnehmung bestimmten nicht Begriffe wie Kompetenz, Kontinuität oder Stabilität das Bild der Regierung, sondern Arroganz, Selbstbereicherung und eine ausufernde Korruption. Viel zu lange hatte der Regierungschef an Ministern und Kommunalpolitikern ("Baronen") festgehalten, die inner- und außerhalb Rumäniens negative Schlagzeilen machten, viel zu spät und zögerlich wurden Maßnahmen gegen die ausufernde Korruption ergriffen, in die Năstases quasi-monopolistische "Staatspartei" auf allen Ebenen verwickelt war und die zur beherrschenden Frage im Wahlkampf wurde.

Umfragen seit Beginn des Wahljahres 2004 deuteten zudem darauf hin, daß sich die Bevölkerung trotz des beachtlichen makroökonomischen Wachstums in ihren Erwartungen und Hoffnungen getäuscht sah. Auch regte sich innerhalb der sich formierenden rumänischen Mittelklasse Unmut über den langsamen Reformfortschritt und die schleppende Liberalisierung der Wirtschaft. Zu spät reagierte die Regierungspartei auf Warnsignale, die seit dem im Oktober 2003 abgehaltenen Verfassungsreferendum zunehmend deutlicher wurden. Bei den Kommunalwahlen im Juni 2004 konnten zwar die regierenden Sozialdemokraten die Mehrheit der direkt gewählten Bürgermeister, Kreis-, Stadt- und Gemeinderäte behaupten, hatten aber herbe Verluste in den großen Städten und eine spektakuläre Niederlage im Kampf um den Posten des Bukarester Oberbürgermeisters zu verbuchen.

Protestwahlen im Zeichen des Populismus

Die negative öffentliche Wahrnehmung der regierenden „Staatspartei“ machte es der aus der Nationalliberalen Partei (Partidul Național Liberal, PNL) und der Demokratischen Partei (Partidul Democrat, PD) gebildeten oppositionellen Allianz Gerechtigkeit und Wahrheit (Alianța Dreptate și Adevăr) verhältnismäßig leicht, die Leistungen der Regierung herunterzuspielen. Die politische Programmatik spielte im Wahlkampf eine vergleichsweise untergeordnete Rolle. Die Wahlziele von Năstases Union und Băsescus Allianz unterschieden sich zudem weniger in der Substanz als hinsichtlich der Art und des Zeitpunkts der geplanten Umsetzung. Als für den Wahlausgang entscheidend sollte sich jedoch die Bestimmung Traian Băsescus zum Präsidentschaftskandidaten der Opposition erweisen. Bei den Kommunalwahlen vom Juni 2004 hatte sich Traian Băsescu, der Vorsitzende der Demokratischen Partei – des Juniorpartners innerhalb der Allianz – durch seinen spektakulären Sieg über den Kandidaten der Sozialdemokraten, Außenminister Mircea Geoană, zum zweiten Mal das Amt des Oberbürgermeisters von Bukarest gesichert. Dadurch verdrängte er im Oktober 2004 Theodor Stolojan, den Vorsitzenden der Nationalliberalen Partei und designierten Präsidentschaftskandidaten der Allianz, in einem inszenierten Coup aus dieser Funktion.

Mit Traian Băsescu als Präsidentschaftskandidat der Opposition wurden die Wahlen zu einem emotional aufgeheizten Referendum gegen die Regierung Năstase und zu Protestwahlen "derer da unten" gegen "die da oben", wie man dies in Rumänien seit den ersten freien Wahlen von 1990 nicht mehr erlebt hat. Im Wahlkampf stilisierte sich der 1951 in der Hafenstadt Constanta geborene Kapitän der Handelsmarine zum Gegner des kommunistischen Regimes hoch, der dem "System" – d.h. der politischen Klasse nach der Wende – nicht angehört hätte. Dabei besaß Băsescu, daran besteht kein Zweifel, in seiner Funktion als Leiter

der rumänischen Handelsschifffahrt in Belgien in den 1980er Jahren sicherlich das Vertrauen der Partei und nicht zuletzt auch des Auslandsgeheimdienstes. Nach der Wende war Traian Băsescu einer der wenigen, wenn nicht gar der einzige rumänische Politiker, der praktisch allen nachrevolutionären Kabinetten angehört hatte, bevor er sich bei den Kommunalwahlen 2000 erfolgreich um das Amt des Oberbürgermeisters von Bukarest bewarb, das er 2004 noch einmal erringen konnte. Mit Intelligenz, einem hemdsärmeligen Charisma und dem unbedingten Willen zur Macht ausgestattet, mobilisierte Băsescu im Wahlkampf mit populistischen Versprechungen eine Wählerschaft, die von der etablierten Parteipolitik nichts mehr, von einem autoritär durchgreifenden "leader" aber alles erhoffte. Seine Wähler wünschten den totalen Bruch mit der bisherigen Politik – und damit das genaue Gegenteil dessen, womit der Präsidentschaftskandidat der regierenden Sozialdemokratischen Partei für sich warb: Kontinuität und Stabilität.

Der Völkerrechtler Adrian Năstase, geboren 1950, hatte gegen Traian Băsescu im Wahlkampf einen schweren Stand. In dem einzigen Fernsehduell mit Băsescu, dem er sich stellte, wirkte Năstase blaß, hölzern und immer in der Defensive gegenüber seinem aggressiven Kontrahenten. Als "Schwiegersohn der Nomenklatura", so die Kritik seines Herausforderers, sei Năstase von den Härten der kommunistischen Diktatur verschont geblieben und habe nach der Wende innerhalb der Machtpartei als Außenminister, Fraktionsführer und seit 2000 als Ministerpräsident Karriere gemacht. Năstases Wahlkampfstrategen präsentierten ihn als den Garanten von Kontinuität und Stabilität, während die Opposition ihm Arroganz der Macht, Korruption und persönliche Bereicherung vorwarf.

Außenpolitische Themen spielten im Wahlkampf zwar eine Rolle, doch anders als geplant konnten die sozialdemokratische Regierung und ihr Präsidentschaftskandidat keinen Gewinn aus ihren Erfolgen – Beitritt zur NATO und Abschluß der Verhandlungen mit der EU – ziehen. Im Wahlkampf plädierte die Opposition gegen die Fortführung der bisherigen, ausgewogenen Außenpolitik Rumäniens, die sich im gleichzeitigen Bestreben um eine Integration in NATO und EU wie um ein ausgewogenes transatlantisches Verhältnis bemüht hatte. Statt dessen warb die liberal-demokratische Opposition für eine Neuausrichtung der rumänischen Außenpolitik, für eine "Achse Washington-London". Sogar ein Scheitern des Abschlusses der Beitrittsverhandlungen Rumäniens mit der EU wurde dabei in Kauf genommen: Wenige Tage vor dem für den 15. Dezember 2004 terminierten Gipfeltreffen des Europäischen Rates wurde die Forderung nach Neuverhandlung einiger Verhandlungskapitel aufgestellt.

Die Wähler stimmen für „Cohabitation“

Im Wahlkampf setzte die Opposition den Vorwurf des Wahlbetrugs sowie Hinweise auf angebliche Parallelen zwischen den Wahlen in Rumänien und der „orangefarbenen“ Revolution in der Ukraine massiv in der Wählermobilisierung ein. Tatsächlich wies die Organisation der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Rumänien – wie von der OSZE festgestellt – eindeutige Schwachstellen auf, die nur die regierende PSD zu verantworten hatte. Beanstandet wurde der Verzicht auf Wählerausweise und deren Ersetzung durch Aufkleber in den Personalausweisen. Kritik gab es auch an der Möglichkeit, überall im Lande zur Wahl zu gehen und sich auf Sonderlisten registrieren zu lassen. Allerdings wurde bislang nicht geklärt, ob und inwieweit diese Fehlleistungen das Wahlergebnis beeinflusst haben, auf wen sie zurückzuführen sind und welchen Parteien sie zugute kamen.

Bei den Parlamentswahlen verteidigte die Union aus der regierenden Sozialdemokratischen Partei (Partidul Social Democrat) und der Humanistischen Partei (Partidul Umanist Roman) ihre Mehrheit mit 36,61% im Abgeordnetenhaus und 37,33% im Senat. Umgekehrt verdoppelte die aus der Nationalliberalen Partei (Partidul Național Liberal) und der Demokratischen Partei (Partidul Democrat) gebildete Allianz Gerechtigkeit und Wahrheit

(Alianța Dreptate și Adevăr) ihr im Jahre 2000 erzielt Ergebnis. Stimmenverluste von 14,8% gegenüber den Wahlen von 2000 mußte der Demokratische Verband der Ungarn Rumäniens (Uniunea Democrată a Maghiarilor din România) hinnehmen. Der große Verlierer der Wahlen von 2004 war die Partei Großrumänien (Partidul România Mare), die zwei Drittel ihrer im Jahre 2000 erzielten Stimmen einbüßte, vor allem in Bukarest, wo sie die Hälfte ihrer Wähler verlor, sowie in Siebenbürgen. Keine der außerparlamentarischen Parteien schaffte den Sprung ins Parlament, auch nicht die Christdemokratische Nationale Bauernpartei (Partidul Național Țărănesc Creștin Democrat), die wichtigste Kraft der zwischen 1996 und 2000 amtierenden Vorgängerregierung.

Parlamentswahlen 20.11.2004

Partei/Bündnis	Abgeordnetenkommer		Senat	
	Prozent/Wahlen	Sitze (332)	Prozent/Wahlen	Sitze (137)
Union PSD-PUR	36,61	132	37,13	57
Allianz PNL-PD	31,33	112	31,77	49
PRM	12,92	48	13,63	21
UDMR	6,17	22	6,23	10
Andere Minderheiten		18		

Der Ausgang der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen wurde als Votum der Bevölkerung für eine Cohabitation zwischen den Kräften der bisherigen Regierung und der Opposition gedeutet, doch es kam anders.

Koalitionsbildung als Machtpolitik

Die Union von PSD und PUR, die aufgrund des erzielten Stimmenvorteils davon überzeugt war, unabhängig vom Ausgang der Stichwahl der Präsidentschaftswahlen den Zuschlag zur Regierungsbildung zu erhalten, leitete unmittelbar nach den Parlamentswahlen Koalitionsgespräche mit dem Ungarnverband ein. Für eine absolute Mehrheit, die für die Annahme von Organgesetzen nötig ist, hätte die Union in der Abgeordnetenkommer die Stimmen von 13 der 18 Minderheitenvertreter gebraucht, im Senat wäre sie auf mögliche Überläufer von der Partei Großrumänien oder der Allianz aus Nationalliberaler und Demokratischer Partei angewiesen gewesen. In der Opposition wäre die aus Nationalliberaler und Demokratischer Partei gebildete Allianz, der womöglich auch noch die Partei Großrumänien sekundiert hätte, ein ernstzunehmender Gegner gewesen.

Die Entscheidung in der Frage der Regierungsbildung sollte erst mit den Stichwahlen zu den Präsidentschaftswahlen fallen, die der Kandidat der Allianz aus Nationalliberaler und Demokratischer Partei überraschend, wenn auch knapp, für sich entscheiden konnte. Im ersten Wahlgang lag der Kandidat der Union aus sozialdemokratischer und humanistischer Partei, Adrian Năstase, mit 40,9% noch 7 Prozentpunkte vor dem Kandidaten der Allianz Traian Băsescu (33,9%), in der Stichwahl siegte der Oppositionskandidat Băsescu mit 51,23%, während Năstase nur 48,77% erzielte.

Der neu gewählte Präsident Băsescu hatte jedoch nicht die Absicht, die scheinbare Pattsituation – Sieg der Union aus Sozialdemokratischer und Humanistischer Partei bei den Parlamentswahlen einerseits und des Kandidaten der liberal-demokratischen Allianz bei den Präsidentschaftswahlen andererseits – als Auftrag der Wähler für eine in Rumänien bisher nicht gekannte "cohabitation" zu deuten. Das war nicht in seinem Sinne. Băsescu, der sich im Wahlkampf als "aktiver Präsident" empfohlen hatte, ließ keinen Zweifel daran, daß er nur mit

einer Regierung der liberal-demokratischen Allianz seine Verprechungen realisieren und sich eine zweite Amtszeit sichern könnte.

Seinen von der Verfassung erlaubten Ermessensspielraum nutzend, erteilte Präsident Băsescu der liberal-demokratischen Allianz unter seinem „running mate“ Călin Popescu Tăriceanu den Auftrag zur Regierungsbildung. Angesichts der veränderten Machtkonstellation wechselten Humanistische Union und Ungarnverband, die bislang mit den Sozialdemokraten Koalitionsgespräche geführt hatten, aber auch die Fraktion der Nationalen Minderheiten in das Lager der Allianz über – der Ungarnverband aus Unmut über die Begnadigung des umstürzlerischen Gewerkschaftsführers Miron Cozma durch den scheidenden Präsidenten Ion Iliescu, die Humanistische Union aus Furcht vor den von Präsident Băsescu angedrohten Neuwahlen, die das sichere politische Aus für diese Formation bedeutet hätten.

Am 28. Dezember wurde der neue Premierminister mit seinem Kabinett von den Abgeordneten und Senatoren des Parlaments gewählt, mit der Unterstützung nicht nur der vier an der Regierung beteiligten Parteien, sondern auch mit Hilfe einzelner Überläufer von der Sozialdemokratischen Partei und der Partei Großrumänien. Grund für die überstürzte Regierungsbildung war die Einführung einer einheitlichen Einkommens- und Körperschaftssteuer von 16% bereits zu Jahresbeginn 2005 – sie erfolgte per Dringlichkeitserlaß, vorbei am neu gewählten Parlament. Mit der Umsetzung ihres wichtigsten Wahlversprechens wollte die neue Regierung das Wirtschaftswachstum anregen, die Steuerbasis verbreiten, die Schattenwirtschaft ans Licht heben, der Korruption im Lande den Boden entziehen und ausländisches Kapital ins Land holen.

Fragile Koalition mit großen Plänen

Die neue Regierungskoalition ist fragil und verfügt nur über eine dünne Mehrheit im Parlament, dessen beide Kammerpräsidenten der oppositionellen Sozialdemokratischen Partei angehören. Ähnlich wie in der zwischen 1996 und 2000 regierenden "patchwork-Koalition", die an ihren inneren Widersprüchen scheiterte, liefern sich die Koalitionsparteien einen erbitterten Kampf um politische Macht und wirtschaftlichen Einfluß, um die Durchsetzung von Gruppeninteressen und Parteienproporz. Erschwerend kommt der Dauerkonflikt zwischen dem Präsidenten und dem von ihm eingesetzten Premierminister hinzu. Premierminister Călin Popescu Tăriceanu, 1952 geboren, ein studierter Ingenieur, sitzt seit 1990 für die nach der Wende wieder gegründete Nationalliberale Partei im rumänischen Parlament. Seit 1993 ist er stellvertretender Vorsitzender, seit wenigen Monaten gewählter Vorsitzender seiner Partei. Im ersten „bürgerlichen“ Kabinett war er kurzfristig (1996-1997) Industrie- und Handelsminister. Die heterogene Zusammensetzung des neuen Kabinetts bildet die recht widersprüchliche Agenda der neuen Regierung ab. Eine Gruppe von Kabinettsmitgliedern sind gut ausgebildete Technokraten, jung, von der kommunistischen Vergangenheit unbelastet, aber politisch unerfahren. Eine zweite Gruppe ist dem Kreis der neuen Oligarchen und Wendegewinnler zuzurechnen. Im Kreise seiner Ministerkollegen ist der Premierminister als 17facher Dollarmillionär zwar der erfahrenste, aber keineswegs der reichste Politiker. Zwei seiner Staatsminister ohne Portefeuille, Gheorghe Căpușă von der Humanistischen Partei und Adrieian Videanu von der Demokratischen Partei (letzterer wurde inzwischen zum neuen Oberbürgermeister von Bukarest gewählt), sind um ein Vielfaches wohlhabender. In der Presse wird der von den Ministern dieser Regierung gemachte Jahresumsatz auf 2% des BIP geschätzt. Eine dritte Gruppe von Ministern rekrutiert sich aus den Führungsgremien der Koalitionsparteien sowie aus Seilschaften des Staatspräsidenten aus seiner Zeit im Transportministerium bzw. im Bukarester Oberbürgermeisteramt. Hinzu kommt noch die Justizministerin als Vertreterin der institutionalisierten Zivilgesellschaft – sie ist Vorsitzende des rumänischen Helsinki-Komitees.

Die politische Agenda, daran gibt es nach den ersten 100 Tagen dieser Regierung keinen Zweifel, wird von neoliberalen, im Regierungsprogramm als „kapitalistisch“ definierten

Wirtschaftsvertretern bestimmt. Ohne die Folgen für den Staatshaushalt zu bedenken, beschloß die Regierung den neuen Einheitssteuersatz und die daraus resultierenden finanzpolitischen Zusatzmaßnahmen, die den Mittelstand ebenso wie die Konsumenten belasten. Ohne die Sozialpartner zu informieren oder zu konsultieren, geleitet von den Interessen der einheimischen und ausländischen Unternehmer, legte die Regierung einen Gesetzentwurf zu dem von sozialdemokratischen Regierung verabschiedeten Arbeitsrecht vor, in dem so ziemlich alle arbeitnehmerfreundlichen Errungenschaften des Tarifrechts entfernt wurden. Schließlich erwog die Regierung die Einführung einer für alle Bürger verpflichtenden Einkommenserklärung, mit der quasi durch die Hintertür das in den fünfzehn Jahren seit der Wende illegal erworbene Vermögen mafioser Wendegewinnler legalisiert worden wäre. Erst die Proteste der Bürger und Kritik in der Presse zwangen die Regierung zum Rückzug.

Nichtsdestotrotz kam der Premierminister am Stichtag zu einer positiven Bilanz der ersten 100 Tage seiner Regierungszeit. Die im Wahlkampf versprochene Finanzreform, so Popescu Tăriceanu, sei zum Jahresanfang in Gang gebracht worden und zeitigte bereits erste Früchte. Am 14. März sei die Angleichung der Renten erfolgt, es seien die gesetzlichen Voraussetzungen für die Sicherung der Unabhängigkeit der Presse geschaffen worden. Vor allem aber seien wichtige Maßnahmen im Kampf gegen die Korruption getroffen worden – das Hauptthema der Allianz im Wahlkampf und zugleich das Haupthindernis Rumäniens auf dem Wege in die EU. Wie von der EU-Kommission gefordert, habe die Regierung für den Zeitraum 2005-2007 eine neue Antikorruptionsstrategie und einen entsprechenden Aktionsplan ausgearbeitet. Es wurde auf erfolgreiche Maßnahmen der Korruptionsbekämpfung verwiesen wie die Sperrung der Bankkonten von über 3.000 Firmen, die ihre Steuerschulden nicht beglichen haben, und die Verhaftung hochrangiger Mitarbeiter der Polizei und des Innenministeriums. Präsident Băsescu mußte einräumen, daß sich die Korruptionsbekämpfung in Rumänien bereits nicht mehr gegen die Klientel der ehemaligen sozialdemokratischen Regierung richtet, sondern gegen eine neue Schicht korrupter Wirtschaftsmanager, die unter der neuen Regierung im Entstehen begriffen sei.

Interne und externe Herausforderungen für die neue Regierung

Intern steht das Land vor erheblichen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen. Der ohne Abstimmung mit dem Internationalen Währungsfonds eingeführte einheitliche Steuersatz von 16% für Privatpersonen und Unternehmen reißt große Löcher in den Staatshaushalt, die durch die Erhöhung direkter wie indirekter Steuern sowie von Abgaben kompensiert werden müssen. So wurde die Unternehmenssteuer für Kleinunternehmen von 1,5 auf 3% angehoben, die auf Bankzinserträge und Gewinne aus Kapitalinvestitionen stiegen von 1 auf 10% und auf Immobilientransaktionen von 10 auf 16%. Vor allem aber mußte die neue Regierung auf Druck des IWF die längst überfälligen und von der Vorgängerregierung für den 1. Juli 2005 geplanten Preiserhöhungen im Energiebereich auf den 1. April 2005 vorziehen. Ebenfalls auf Geheiß des IWF muß das Haushaltsdefizit von jetzt 1% – 1,2% des BIP gesenkt und das Leistungsbilanzdefizit (6% im Jahre 2004) abgesenkt werden. Die rasante Aufwertung der Währung (Leu) im abgelaufenen Jahr muß gestoppt, die Überhitzung der Wirtschaft verhindert und die Inflation auf einen Wert von 7% abgesenkt werden. Zugleich muß die neue Regierung neben den eigenen Wahlversprechungen auch die von der Vorgängerregierung gemachten Wahlgeschenke im Bereich der Rentenanpassung finanzieren – keine leichte Aufgabe, wo doch schon die Umsetzung der mit der EU vereinbarten Anpassungsschritte an den EU-acquis zusätzliche finanzielle Belastungen des Staatshaushalts mit sich bringt.

Extern hat die in Stil und Konzeption neu ausgerichtete Außenpolitik Rumäniens überrascht und gelegentlich befremdet. Präsident Băsescu hat die Richtlinienkompetenz der neuen

Außenpolitik praktisch an sich gezogen, während der Premierminister für die Beziehungen zur EU und sein Außenminister für die Abwicklung des operativen diplomatischen Geschäfts zuständig ist. Innerhalb der ersten drei Monate seiner Amtszeit absolvierte Băsescu eine hektische Serie von Arbeits- und Staatsbesuchen: Er war in Moldau, der Ukraine, Großbritannien, Rußland, den USA, der Bundesrepublik Deutschland und in Italien. Anders als die Vorgängerregierungen, die EU- und NATO-Integration des Landes im Rahmen einer auf transatlantische Konsens ausgerichteten multilateralen Strategie verfolgten, setzt die neue Regierung auf bilaterale Vorzugspartnerschaft mit den USA und Großbritannien entlang der viel zitierten "Achse Washington-London". Eine Tendenz, die Rolle Rumäniens im regionalen Umfeld der Schwarzmeer-Region zu überschätzen, ist unübersehbar. Die Bukarester Diplomatie will sich anders als bisher aktiv in die Lösung der schwelenden Konflikte im ehemaligen GUS-Raum, darunter auch in der Republik Moldau, einschalten. Rumänien, so der Präsident, werde eine "aggressivere", "präventive" und nicht nur "reaktive" Außen- und Sicherheitspolitik betreiben. Von einem Abzug der im Irak operierenden rumänischen Soldaten ist nicht mehr die Rede, das bestehende Kontingent aus 700 Soldaten wurde um weitere 100 aufgestockt.

Der Beitritt zur EU besitzt für rumänische Außenpolitik und speziell für den neu gewählten Staatspräsidenten nicht mehr wie bisher die absolute Priorität. Der wirtschaftliche Nutzen der Zugehörigkeit Rumäniens zur EU wird zwar bejaht, zugleich wird aber auf die uneinheitliche Außenpolitik der Union verwiesen. Daher sehe sich Rumänien genötigt, die Sicherheitsinteressen des Landes in Rahmen der strategischen Partnerschaft mit den USA sowie im Rahmen der NATO zu befriedigen. Hinter solchen Aussagen, die sich negativ auf die schwierigen EU-Beitrittsanstrengungen Rumäniens auswirken können, stehen kaum verdeckte Interessen eines Segments der neuen regierungsnahen Unternehmerklasse, die mit dem EU-Beitritt Rumäniens wirtschaftliche Einbußen befürchten. Kritiker seiner Politik werfen dem Präsidenten vor, mit seiner einseitig auf persönlichen Macht- und Imagegewinn ausgerichteten Außenpolitik den nationalen Interessen des Landes zu schaden. Mit seiner neuerdings euroskeptischen Haltung riskiere Rumänien, seinen Möglichkeiten zur Mitgestaltung der europäischen Politik nicht zu nutzen, innerhalb der EU isoliert und von den inneratlantischen Spannungen zerrieben zu werden.

Neuwahlen nach Unterzeichnung des EU-Vertrags?

Die Meßlatte der Erwartungen, welche die Wähler an die Regierung von Premierminister Popescu Tăriceanu angelegt hatten, lag höher als bei jeder anderen Regierung nach der Wende, ebenso wie sich die Enttäuschung über das Ausbleiben der erwarteten Verbesserung in den Meinungsumfragen rascher und abrupter abzeichnet als bei vorangegangenen Regierungswechseln. Noch im Januar 2005 hatten 64% der Befragten die Frage der Meinungsforscher, ob die Entwicklung in Rumänien in die richtige Richtung gehe, mit "Ja" geantwortet; im Februar waren es nur noch 54%. Auf die Frage, ob die neue Regierung Popescu Tăriceanu ihre Arbeit besser als die Vorgängerregierung Năstase verrichte, antworteten im Januar 2005 59% der Befragten mit "Ja", im Februar 2005 38%, im März 37%. Die Parteien der Koalition haben in der Wählergunst seit Jahresbeginn ebenfalls verloren. Während die Allianz im Februar noch 56% der Wahlabsichten und damit die absolute Mehrheit auf sich vereinen konnte, lag sie im März 2005 bei 48%. Die Popularität des Präsidenten ist den Umfragen zufolge noch ungebrochen, doch in der Öffentlichkeit regen sich bereits Zweifel an seinem autoritären, mit Elementen nationaler Überheblichkeit und Personenkult gepaarten politischen Stil sowie an der einseitig pro-amerikanischen Ausrichtung seiner Außenpolitik. Die Sozialdemokraten konnten sich zwar in der Wählergunst von 20% im Februar auf 30% im März verbessern, liegen aber nicht zuletzt wegen ungelöster Führungsprobleme weit abgeschlagen in der Opposition.

Die immer noch hohen Sympathiewerte der regierenden liberal-demokratischen Allianz ebenso wie das Stimmungstief der krisengeschüttelten Sozialdemokratischen Partei will der Staatspräsident nutzen, um Neuwahlen auszuschreiben. Seit seinem Amtsantritt hat Traian Băsescu mehrfach damit gedroht, unmittelbar nach dem 25. April 2005, dem Tag der Unterzeichnung des Beitrittsvertrags Rumäniens mit der EU, Neuwahlen auszurufen und diese im Oktober 2005 abzuhalten. Damit will er den in der Allianz Gerechtigkeit und Wahrheit (DA) zusammengeschlossenen Parteien eine stabile Mehrheit im Parlament sichern, die Posten der Kammerpräsidenten besetzen und sich der Humanistischen Partei entledigen, die den Sprung über die Fünf-Prozent-Klausel keinesfalls schaffen würde. *Last but not least* würde sich im Falle baldiger Parlamentswahlen wahrscheinlich auch das Kräfteverhältnis zwischen Nationalliberaler und Demokratischer Partei innerhalb der Allianz Gerechtigkeit und Wahrheit neu gestalten. Infolge der hohen Popularitätswerte Traian Băsescus zieht die Demokratische Partei bei Umfragen mit der Nationalliberalen Partei gleich, vor den Wahlen war das Kräfteverhältnis noch 2:1 zugunsten der PNL. Eine starke Demokratische Partei wiederum würde sicherstellen, daß Traian Băsescu (und nicht ein Liberaler) bei den nächsten Präsidentschaftswahlen von der liberal-demokratischen Allianz als Präsidentschaftskandidat aufgestellt würde. Fänden im Herbst dieses Jahres Parlamentswahlen statt, so würden trotz der in der novellierten Verfassung beschlossenen modifizierten Wahlperioden die nächsten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen erneut zeitlich zusammenfallen – eine zusätzliche Absicherung für Băsescus neuerliche Nominierung als Präsidentschaftskandidat der Allianz, hatte er doch im letzten Wahlkampf seine Qualitäten als Wahllokomotive erfolgreich unter Beweis gestellt.

Doch noch ist der Weg für Neuwahlen, wie sie der Präsident fordert, nicht frei. Premierminister Călin Popescu Tăriceanu, im Kabinett für den EU-Beitritt zuständig, will von Neuwahlen vor dem für den 1. Januar 2007 vorgesehenen Beitritt des Landes zur EU nichts wissen: Im Mai oder Juni plant er zwar kleinere Änderungen in der Struktur und Zusammensetzung der Regierung, doch angesichts der dicht gedrängten Beitrittsagenda will er keine Risiken eingehen, welche die Vorbereitungen stören oder verzögern könnten. Vertreter von EU-Kommission und Europäischem Parlament haben Rumänien aus eben diesem Grunde mehrfach öffentlich vor Neuwahlen gewarnt. In der Koalition wird die Haltung des Premierministers von den Ministern der Humanistischen Partei und auch Vertretern des Ungarnverbandes unterstützt. Nach der novellierten Verfassung kann der Präsident den Premierminister weder entlassen noch eine Regierungsumbildung gegen dessen Willen erzwingen. So gesehen ist es fraglich, ob es dem Präsidenten gelingen würde, seine jüngste Drohung wahrzumachen, Popescu Tăriceanu durch seinen liberalen Berater Theodor Stolojan zu ersetzen, ohne zugleich eine Regierungs- oder Verfassungskrise auszulösen.

Abschluß des Manuskripts: März 2005